

# Presseinformation

5. August 2012

## Bienwaldautobahn – Westumgehung Straßburg:

**„Ein über zwanzigjähriger Kampf hat sich endlich gelohnt“**

***Beim grenzüberschreitenden Schienennetz wären keine „Lückenschlüsse“ erforderlich***

Der BUND Südpfalz wertet es dankbar als schönen Ertrag seines seit 1990, später gemeinsam mit dem elsässischen Umweltverband Alsace Nature und der vom BUND 1992 in Kandel gegründeten BI Bienwald geführten mühevollen Kampfes, wenn jetzt lapidar in der RHEINPFALZ zu lesen ist: „Keine durchgehende Autobahn-Achse“. Damals glaubte außer dem BUND zunächst niemand mehr daran, dass es sich noch lohne, zum Schutz der Bevölkerung und zum Schutz des biologisch einzigartigen Bienwaldes gegen eine von der Politik unbedingt gewollte „Bienwald-Autobahn“ Widerstand zu organisieren. Nur ganz wenige waren am Anfang zu motivieren.

Nun aber ist aufgrund politischer Wechselwirkungen zwischen Elsass und Rheinland-Pfalz doch eingetreten, dass es weder eine „Hagenbach-Variante“ noch eine B 9-Variante geben wird; denn auch letztere hat schon lange keine Chance mehr. Wir danken der rheinland-pfälzischen Politik, dass sie u. a. mit dem Naturschutz-Großprojekt Bienwald den Autobahnambitionen in diesem Raum einen nachhaltigen Riegel vorgeschoben hat. Was hier noch zu tun bleibt: 1) Installation von Kreiseln, 2) Tempolimit und 3) Technikeinsatz zur Geschwindigkeitskontrolle auf der B 9.

Viele Jahre lang hat der BUND gemeinsam mit der langjährigen, unermüdlichen BI-Vorsitzenden Marianne Pfister aus Büchelberg zwischen Vendenheim bei Straßburg und dem Mutterstadter Kreuz mit z. T. zweisprachig geführten Informations- und Diskussionsveranstaltungen die Bevölkerung aufgeklärt über die Folgen der „Lückenschlüsse“ bei Straßburg und im Bienwald. Flugblätter wurden in den Dörfern

entlang der französischen A 35 verteilt mit der Information, dass es an ihren Häusern vorbei eine Verkehrsachse Spanien / Italien - Rheinland-Pfalz / Rhein-Main parallel zur rechtsrheinischen A 5 geben soll.

Enormer Beifall von ca. 2.000 Straßburgern brandete auf, als vor wenigen Jahren bei einer Straßburger Protestveranstaltung gegen die Westumgehung (GCOS) von einem der über hundert Protest-Traktoren herab - mit Roland Ries als Nachredner - ein Vertreter des BUND Südpfalz darauf hinwies, dass mit der bevorstehenden **Vollendung des St. Gotthard-Tunnels** für den Schwerlastverkehr, der die Schweiz in Nord-Süd-Richtung queren will, neue Zeiten anbrechen werden.: Die LKWs werden an der Schweizer Grenze auf die Schiene gezwungen. Darauf müsse sich die deutsche wie die französische Verkehrspolitik rasch einstellen.

Der BUND legt daher Wert auf die Feststellung, dass **im Unterschied zum Straßennetz beim Schienennetz im Nord-Südverkehr keine teuren „Lückenschlüsse“ erforderlich sind.** Das „Reaktivierungs- und Modernisierungskonzept“ der BI Bienwald erinnert mit Recht daran, dass parallel zu der nun obsoleten Straßenachse die ehemalige Fern- und Zubringerbahn zum Gotthard von Ludwigshafen via Straßburg und Basel nach Italien verläuft. Bis Woerth herrscht hier noch elektrifizierte Zweigleisigkeit, von da an fehlt auf 11 Kilometern Länge ein 1970 abgebautes zweites Gleis bis Lauterburg, dann aber geht es in Frankreich wieder zweigleisig, zum Teil dreigleisig, weiter. Südlich Straßburg ist die Strecke elektrifiziert. Eine durchgängige und elektrifizierte Mehrgleisigkeit auf linksrheinischem Gebiet würde einen Bruchteil der Kosten des lange Zeit von der Politik verfolgten Straßenbaus auf der gleichen Relation verursachen.

Sicher wäre auch noch viel im grenzüberschreitenden ÖPNV zur Zusammenführung der Menschen beider Länder voranzubringen. So könnte u. a. eine **Stadtbahnverknüpfung zwischen Straßburg und Karlsruhe** den Gedanken einer Metropolregion Oberrhein mit Leben erfüllen. Die Elsass-Metropole und die Technologie-Hochburg kämen einander näher. Und schließlich haben beide Städte bereits ein erfreulich aufgeschlossenes Konzept für den öffentlichen Nahverkehr.

Es wäre dringend zu wünschen, dass unsere Politiker mit der schon öfter gehörten Ankündigungspolitik zu diesem Aspekt des grenzüberschreitenden Verkehrs endlich ernst machen würden.

Ulrich Mohr für BUND Südpfalz